

Petition in Nds. Landtag

Öffentliche Petition zur Mitzeichnung

Betreff:

Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen

Eingereicht von:

Thomas Lang 21224 Rosengarten

Veröffentlicht am: 19.05.2025

Mitzeichnungsfrist endet am: 01.07.2025

Mitzeichnungen:

5000

481

Petitionsnummer: 01162/89/19

Petition mitzeichnen

Mitzeichnungsfrist läuft noch
6
Wochen

Mitzeichnung zurückziehen

Ich fordere die Anpassung des Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG) an den IST-Zustand, da bereits zu viele Windkraftanlagen (WKA) installiert sind, durch eine Aussetzung/Reduzierung der Flächenzahl. Einen Windenergieschlüssel zu benutzen, der sich auf eine Zahl stützt wieviel Landfläche nötig ist, ist nicht zielführend, bindet personelle Ressourcen und richtet Schäden in Milliardenhöhe an, ganz zu schweigen von der Vernachlässigung von Umwelt- und Naturschutz sowie der Gesundheit.

Begründung

Weitere WKA sind vorerst nicht von Nöten.

Von dem im WindBG genannten Flächenschlüssel von 2% der Flächen der Bundesrepublik und deren im Anhang verfügten Aufteilung nach Bundesländern, sind bislang erst ein Viertel, also gut 0,5% umgesetzt. Trotzdem hat der Ausbau der Windenergie bereits eine Größe erreicht, die ihre Möglichkeit der Versorgung des Landes mit ausreichend Strom bereits überschritten hat. Dieses liegt daran, dass uns der Wind nicht dauerhaft, sondern nur stundenweise zur Verfügung steht und die bereits installierten Windkraftanlagen bei Vollast, im Bereich von 5 - 9 Windstärken, bereits mehr Strom liefern, als tatsächlich benötigt wird. Da dieser Überschuss nicht gespeichert werden kann, werden bereits heute mehrere Milliarden Euro dafür aufgewandt, dass den Betreibern der Windkraftanlagen der nicht produzierte Strom bezahlt wird, wenn sie zum Schutz des Netzes ihre Anlagen abschalten müssen. Weitere Milliarden fallen dadurch an,

dass wir den überflüssigen Strom ins Ausland verschenken, oder gar dafür bezahlen, dass uns dieser abgenommen wird. In 2024 wurden an 62 Stunden der Strom verschenkt und an 457 Stunden haben wir für die Abnahme des Stromes bezahlt!

Gehen wir von einem Bruttostromverbrauch im Jahr 2024 von 512 Terrawattstunden (TWh) aus, benötigen wir bei 8.760 Jahresstunden pro Stunde 59 Gigawattstunden (GWh).

Deutschland hat mit 73 GW in Europa z.Zt. die meiste Windenergie installiert. Mit dieser Größe ist der Bruttostrombedarf von 59 GWh mehr als 23,5% überschritten. Strom, den wir nicht speichern können und der uns wie oben beschrieben immense Kosten verursacht.

Hinzu kommt, dass dieser Strom zu über 68 % von den nördlichen Bundesländern produziert wird und bislang keine ausreichenden Stromtrassen in den Süden bestehen. Dies führt obendrein noch zu weiteren Abschaltungen von Windkraftanlagen mit Bezahlung von nicht produziertem Strom. Für das Geld sollten lieber leistungsfähige Stromtrassen gebaut und in die Forschung investiert werden.

Wir haben Strombedarfsschwankungen zwischen ca. 45 GWh und ca. 70 GWh. Die niedrigen Bedarfe entstehen nachts, während die hohen Bedarfe tagsüber benötigt werden. Da während des Tages auch noch die Energie aus Photovoltaik in Höhe von 43 GWh zur Verfügung steht, müssen hier noch weitere Windkraftanlagen abgestellt werden, wenn tagsüber der Wind weht.

Letztendlich wird alleine durch das Repowering die Leistung ständig erhöht und auch die Photovoltaik wird weiter ausgebaut.

Niedersachsen hat am norddeutschen Ertrag mit einem Anteil von knapp 13 GW installierten On-Shore-Anlagen, sowie etwa 5 GW Off-Shore-Anlagen. Damit ist in Niedersachsen 2,3-mal mehr Leistung On-Shore installiert (siehe Anlage Anlage), als das Land tatsächlich selbst benötigt, ohne dass diese Leistung jemals voll abgerufen werden kann, da weder ausreichende Stromtrassen in den Süden noch nennenswerte Speicher zur Verfügung stehen.

Wozu dann weiterhin die nervenaufreibende Suche nach weiteren Flächen und noch mehr Geldverschwendungen für damit beschäftigtes Personal? Dieses Personal könnte sinnvoller eingesetzt werden und die Bezahlung von nicht produziertem Strom sollte in zukünftigen Verträgen auch nicht mehr garantiert werden.